

14.02.2014

Politik fordert Alternativmodelle zur Orchesterfusion

Der Kultur-Ausschuss des Landtags hat den SWR aufgefordert, Alternativen zur Fusion der Orchester Freiburg und Baden-Baden zu entwickeln, um beide Ensembles erhalten zu können.



Das SWR-Sinfonieorchester, hier bei den Proben zu einem Schulprojekt mit der zweiten Klasse der Lorettogrundschule Freiburg. Foto: Ingo Schneider

Und sie bewegt sich doch. Lange Zeit sah es so aus, als halte sich die Landespolitik ganz aus der Debatte um die vom Südwestrundfunk beschlossene Orchesterfusion heraus – mit der Berufung auf die Unabhängigkeit des Rundfunks. Nun beschloss der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst bei seiner Sitzung in Stuttgart in einem von SPD und Grünen gestellten Antrag, "der Südwestrundfunk soll Modelle prüfen und entwickeln, die alternativ zur geplanten Fusion der beiden Sinfonieorchester des Senders geeignet sind, den Weiterbestand der beiden Klangkörper als eigenständige Einrichtungen zu ermöglichen." Für Gabi Rolland, Freiburger SPD-Landtagsabgeordnete und Ausschussmitglied, ist "die Tür der Politik einen Spalt aufgegangen".

Intendant stellt sich den Demonstranten

SWR-Intendant Peter Boudgoust stellte sich vor der Sitzung den rund 200 Demonstranten, die gegen die Orchesterfusion protestierten. "Fakt ist, dass wir seit sechs Jahren keine Beitragserhöhung mehr bekommen haben. Fakt ist, dass wir in diesem Jahr einen Fehlbetrag von 30 Millionen Euro geplant haben und im letzten Jahr einen Fehlbetrag von 40 Millionen Euro hatten", sagte Boudgoust unter Buhrufen. Zahlen und Interpretation sind jedoch umstritten: Der vom SWR 2009 beschlossene Sparkurs wurde wegen "Prognosen sinkender Beitragseinnahmen, auf die sich der SWR vorausschauend einrichtet" auf den Weg gebracht.

Nun wird es durch den neuen Rundfunkbeitrag zwischen 2013 und 2016 Mehreinnahmen von geschätzten 1,146 Milliarden Euro geben, wie die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) Ende 2013 prognostiziert hat. Dass der SWR im Augenblick keinen Zugriff auf diese Gelder hat, weil sie bei der KEF erst einmal eingefroren sind, wird von der SWR-Pressestelle immer wieder betont. Aber die Einsparungen durch die Fusion von langfristig 25 Prozent sollen auch erst ab 2016 greifen. Für diesen Zeitraum könnte der SWR erhöhten Bedarf anmelden. Im Augenblick ist unklar, wie die Mehreinnahmen verwendet werden sollen.

von: Georg Rudiger